

Für ganz Großbritannien und Irland nimmt Bestellungen entgegen die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 3 Brook Street, Grosvenor Square, London, W. und 32 Princess Street, Manchester.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage um 5 Uhr Nachmittags. Bestellungen werden in der Expedition (Geshergasse 2) und auswärts bei allen kgl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 R. 15 Sgr., ansässig 1 R. 20 Sgr.

Insertionsgebühr 1 Sgr. pro Zeile oder deren Raum.

Insetate nehmen an: In Berlin: A. Kettner, Kurfürststrasse 50;

In Leipzig: Heinrich Hücker; in Altona: Haasestein & Vogler.

J. Türkheim in Hamburg.



Danziger Zeitung

Organ für West- und Ostpreußen.

Danziger Zeitung.

Das Abonnement pro Mai und Juni beträgt in der Stadt 1 Rtl. 5 Sgr., per Post 1 Rtl. 7½ Sgr. Bestellungen sind direct zu richten an die Expedition.

Amtliche Nachrichten.

Se. Königliche Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen

St. Majestät des Königs, Allergräßtigst geruh:

Dem Premier-Lieutenant Stoden im 14. Infanterie-Regiment in Berlin, und dem Criminal-Polizei-Commissionarius a. D. Schmidt zu Welbelsleben den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem Thor-Controleur Wassermann zu Wesel, und dem Kasernenwärter a. D. Götter zu Benrath im Kreise Düsseldorf, das Allgemeine

Ehrenzeichen zu verleihen;

den Kammerherrn Georg Friedrich Adolph Alexander von

Buch auf Stolpe zum Landrat des Kreises Angermünde, im Regierungsbezirk Potsdam; ferner

die Kreisrichter Wyczynski in Trzemeszno, von der Osten-

Sack in Czestochowa, Lach in Bromberg und Müller in Wongrowiec

zu Kreisgerichts-Räthen zu ernennen;

dem Geheimen Archivar bei dem Königlichen Haus-Archive, Her-

mann Martin, den Character eines Archiv-Rathes; und

dem Kreisgerichts-Salarientassen-Rendanten Beekholz zu Lob-

sens den Character als Rechnungs-Rath zu verleihen.

Der bisherige Kreisgerichts-Rath Slevogt in Torgau ist zum Rechtsanwalt bei dem Stadtgericht in Berlin und zugleich zum Notar im Departement des Kammergerichts, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Berlin ernannt worden.

Am Gymnasium zu Anklam ist die Beförderung des Dr. Briegel zum Oberlehrer genehmigt worden.

Bei der heutigen angefangenenziehung der 4. Klasse 121. Königl. Klassen-Lotterie fielen 2 Hauptgewinne von 10,000 Thlr. auf Nr. 22,498 und 27,049. 1 Gewinn von 5000 Thlr. fiel auf Nr. 94,152. 5 Gewinne zu 2000 Thlr. fielen auf Nr. 31,538 36,719 54,354 59,132 und 84,217.

38 Gewinne zu 1000 Thlr. auf 2175 4510 4992 12,519 16,580 18,558 20,319 23,255 23,588 24,336 25,348 27,853 29,701 31,411 32,370 37,547 41,979 42,153 43,151 47,789 50,078 51,307 52,608 54,936 58,374 61,792 62,137 63,529 65,746 69,225 69,340 69,591 83,891 87,809 88,170 90,655 91,651 und 94,148.

43 Gewinne zu 500 Thlr. auf Nr. 2695 2712 5727 8505 9069 10,684 11,867 14,868 15,619 15,627 16,409 17,403 17,758 20,648 22,151 32,854 35,137 35,776 39,513 43,011 43,539 44,057 44,955 47,753 49,237 52,373 55,302 59,106 63,697 64,051 65,510 67,169 75,891 76,071 77,422 78,676 79,957 81,783 83,338 83,436 83,486 87,265 und 93,627.

55 Gewinne zu 200 Thlr. auf Nr. 1539 2482 7014 7705 7840 9878 14,430 15,779 17,357 20,607 21,607 22,137 23,752 24,007 25,541 25,874 28,129 28,308 28,952 31,734 31,932 33,382 34,202 35,353 37,229 38,205 41,079 41,083 41,939 44,772 47,519 51,106 51,425 52,024 52,961 53,613 61,662 65,289 65,696 68,338 68,766 71,449 73,519 79,785 81,011 84,515 85,397 86,166 91,004 91,200 91,411 91,724 93,411 und 94,264.

Berlin, den 27. April 1860.
Königliche General-Lotterie-Direction.

(B.L.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Turin, 27. April. Nach einer der Regierung von der Rhede von Palermo zugegangenen Depesche vom 25. d. Abends, war die Revolution daselbst bewältigt. Die Stadt befand sich im Be-

lagerungszustande und waren viele Truppen in derselben. In Messina herrschte Ruhe. Die wenig beträchtlichen Insurgentenhaufen im Innern der Insel scheinen überall zerstreut zu sein. Die Küsten sind überwacht. Die Bevölkerung der Insel ist in großer Aufregung. Nur zu Marsala ist die Autorität der Regierung noch nicht wieder hergestellt.

Wien, 27. April. Die heutige "Wiener Zeitung" veröffentlicht die auf Brucks Tod bezüglichen Thatsachen. Am 20. Abends wurde Freiherr v. Bruck als Zeuge in der Untersuchungssache gegen Eynatten vernommen. Die Einvernehmung gab Anlaß zu weiteren Erhebungen, welche die Gegenstellung des Freiherrn v. Bruck mit anderen Zeugen und Mithedschuldigten in nächste Aussicht stellten. Unter diesen Umständen erließ Se. Majestät der Kaiser am 22. d. ein Handschreiben, durch welches Freiherr v. Bruck auf sein Ansuchen in den zeitlichen Ruhestand versetzt, und die Leitung des Finanzministeriums provisorisch dem Geheimen Rath v. Plener übertragen wurde. Das kaiserliche Handschreiben wurde Freiherrn v. Bruck am 22. Abends zugesetzt. Am 23. Morgens fand man Bruck blutend in seinem Bette. Die am 25. stattgehabte gerichtliche Obduction ergab den gestern nach der "Morgenpost" gemeldeten Befund.

London, 26. April. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erwiederte Russell auf eine desfassige Interpellation Sheridans, daß die englischen Unterthanen in Sicilien genügenden Schutz hätten und daß es unmöglich sei, daß Österreich zur Unterdrückung des sicilianischen Aufstandes verwendet werden wären.

Napels, 26. April. Die verfolgten und vor den Truppen sich stets zurückziehenden Insurgenten hatten sich in der nordwestlich von Palermo gelegenen Hafenstadt Tarini vereinigt; sie wurden von den Königlichen Truppen umringt und vollständig vernichtet. Die Überreste haben sich unterworfen. In Sicilien und im ganzen Königreich herrscht Ordnung und Ruhe.

München, 27. April. Durch Entschließung des Königs werden die Gesetzgebungsausschüsse beider Kammer zur Berathung der Entwürfe eines Strafgesetzbuches und eines Polizeistrafgesetzes auf den 4. Juni einberufen.

London, 26. April. (h. N.) Man versichert, seit Februar proprie Österreich ein preußisch-österreichisches Bündniß auf Grund gegenseitiger Garantie des Beistandes. Preußen hat bis jetzt eine Garantie des Venetianischen nicht bewilligen wollen.

Wiesbaden, 26. April. (h. N.) In ihrer gestrigen Sitzung hat die nassauische Abgeordnetenkammer beschlossen, die Regierung zu ersuchen, vom Abschluß eines Concordat^z oder einer ähnlichen Convention mit dem Bischofe abzutreten. Die Regierung möge die Verhältnisse zwischen Staat und Kirche durch eine im Sinne völiger Glaubensfreiheit gehaltene Gesetzes-Vorlage regeln und wegen der Besetzung der Pfarrerstellen ein Abkommen mit dem Bischofe treffen.

Zur Situation.

Hat die Situation Preußens für die deutsche Frage in der letzten Kammer-Resolution bedeutend an Klarheit gewonnen und sind die künftigen Grundsätze derselben dadurch bestimmt vorgezeichnet; dürfen wir hoffen, daß noch in der diesjährigen Kammer-saison über die schleswig-holsteinsche Frage eine der Ehre und Stellung Preußens und Deutschlands entsprechende Verhandlung statt finden und der Krone die Wünsche des Landes vortra-

schenkrebs, daunengroß und noch kleiner; wie das wimmel und zappelt und krabbelt und kneipt! Alle Augenblicke muß ein derber Stoß den Korb wieder in Ordnung bringen, daß nicht das wuselige Bölkchen über alle Berge läuft. Gar komisch ist dabei der großmächtige Hummer, der quer über dem Korb liegt; es scheint dem vornehmen Herrn wenig zu behagen bei dem nahezu senk Volt und er gerbertet sich erstaunlich mürrisch, wenn einer von den kleinen Knirpsen ihm über die mächtigen Scheeren krebsen will. Grabschille aber liegt über jenen Wannen und Kröben; was mögen sie bergen? Die Austern sind's und ihre mannigfachen Brüder und Geschwister, die Muicheln, die Schnecken, die Cäpi u. s. f. Dort aber, uns graut beim Anblick, zeigt sich das schwarze Ungetüm, der Tintenfisch und des Hammers gräßliche Ungeformt, und — immer gräßlicher wirkt — der Quallen Geschlecht, die schwammig gallertartig, wüst und schwappig bei einander liegend, zu schauslichen Klumpen geballt! Schaudernd stehen wir, und seht! da kriecht's heran, regt hundert Gelenke zu mal, will schnappen nach mir; nein — der Mensch versucht die Götter nicht,

Und begehrte nimmer und nirmer zu schauen!

Was sie gnädig bedecken mit Nacht und mit Grauen!

Nur einen Blick werfen wir auf unserer jähren Flucht vor diesen Meerwundern in das lange alterthümliche Gebäude zur Seite des Fischmarkts, aus dem uns wohlbekannte Töne entgegenbrechen; eine einstige Kirche hat ihre Hallen dem Geflügelmarkt öffnen müssen, und bei der großen Bedeutung, welche das Wort pollastri für den Italiener und das Geflügel jeder Art für die italienische Küche hat, begreift sich auch die Großartigkeit dieses dritten Marktes am Rialto. Lange Tische ziehen sich in der Mitte durch die ganze hochgewölbte Halle hin, zahlreiche Leichen unglücklicher Hähne, Hühner, Kapuinen, Enten u. s. f. liegen darauf hingestreckt, um von den prüfenden Händen der Käufer und Käuferinnen betastet und gewogen zu werden. Den Wänden entlang stehen unzählige Käfige und Verschläge mit lebendiger Ware, die nicht milde wird mit unbändigem Geschrei die Luft zu erfüllen. Ist's die Klage um ihre Jugend und Freiheit, um die

gen wird, so müssen wir doch darauf verzichten, die Frage, ob und wie Preußen Bundesgenossen gegen die von Frankreich drohenden Gefahren suchen und finden könne, sei es vom Ministeriell, sei es von der Tribüne her noch zur Beruhigung des Landes erörtert zu sehen, es sei denn, daß bei den Debatten über die Militärvorlage der sehr zugängliche Herr Minister des Auswärtigen die genaue Beleuchtung des politischen Theiles nicht umgehen könnte.

Daz wir, nachdem Napoleon III. sich zum Herrn der europäischen Politik erhoben und die alte Allianz gesprengt wie Coalitionen der Großmächte so gut wie unmöglich gemacht hat, nach neuen Coalitionen uns umsehen müssen, bedarf keines Beweises.

Wie schwach eine Hoffnung auf eine englische Allianz, so lange das Ministerium Palmerston in England am Ruder steht, ist, wurde schon in Nr. 586 dieser Zeitung beleuchtet.

Wie unmöglich eine Allianz mit Österreich sei, zumal alle Hindernisse einer solchen gerade in der Hand Österreichs liegen und noch lange liegen bleiben werden, wissen wir alle und können wir nicht den Lehren unseres Landsmannes Dr. Fischel, die er neuerdings in einer Broschüre, betitelt: "Deutsche Federn in Österreichs Doppeladler" spendet, Gehör oder gar Gehorsam widmen.

Schauen wir schließlich zu der dritten Großmacht der alten Pentarchie, Russland herüber, so vernehmen wir überall, ausge nommen in der sogenannten kleinen mächtigen Partei, den Ruf, daß eine solche Allianz never erzielt werden müsse noch erreicht werden könne; daß Preußen viel erreiche, wenn es mit Russland das jetzt bestehende freundschaftliche Einvernehmen aufrecht erhält und sich dadurch, von östlicher Seite ohne Sorge, freie Verfügung über seine volle Kraft sichere.

Die allgemeine Anschauung unserer Lage gegenüber Russland ist eine richtige.

Wir dürfen nicht vergessen, daß wir wissen, wie es in Russlands Interesse liegt, und von dort oft bewiesen ist, die Möglichkeit einer engen Verbindung Preußens mit Deutschland auf selbstschwächende Wege zu leiten, überhaupt Deutschlands wie Preußens Abhängigkeit von seiner Macht möglichst herbeizuführen und zu verstärken. Nicht die Erhaltung oder Fortbildung des abendländischen Völkerrechts, nicht der Sieg des Germanismus über den Romanismus ist Russlands Wunsch, sondern lediglich der größtmögliche Vortheil für seine Sonderinteressen und die Lähmung aller der Staaten, die ihm künftig bei seinem Eintritt für positive europäische oder asiatische Interessen entgegentreten könnten.

Hat auch Russland oft gezeigt, wie es gerne den Napoleonismus mit allen Mächten Europas in Widerspruch geraten läßt und das Abendland in Gegenstellungen gegen denselben secundirt, so hat es ebenso oft mit und für Frankreich gearbeitet, die Napoleonischen Ideen und Pläne unterstützt und dies namentlich gethan, wenn es eine dauernde Festigung der englisch-französischen Allianz hintertrieben mußte oder England immer mehr bei allen europäischen Fragen bei Seite schieben und bei den außereuropäischen vereinsamt machen konnte.

Mögen auch die persönlichen Geneigtheiten des russischen

Thäler, die geliebten Triisten, die sie nimmer wieder sehen werden, oder ist's die Totenklage um die Leichen der erschlagenen Brüder auf den Tischen drüber, „die grabslos liegen, unbellagt, ein süßes Mahl den Argen, die zum Raube lustern niederschauen?“ Daun und wann macht sich auch ein Sack am Boden bemerklich, krampfhaft hin- und hergezerrt von seinem lebendigen Inhalt, der in edlem Freiheitsgefühl Protest einlegt gegen solch unwürdige Häst. Aber das Sonderbarste sind die vielen Vogelfäuge mit ihrer bunt-scheckigen Bewohnerschaft; da sind Krämmetsvögel, Wachteln, Perchen, unglückliche Singvögel aller Art, selbst der ordinäre Spatz fehlt nicht bei dem vielfältigen Concert; denn in Italien ist alles, was da fleucht und ins Garn geht, der Kücke verfallen.

Doch wir eilen, dem ohrzerreißenden Geschrei aus Menschen-, Hühner- und Vogelköpfen zu entkommen. In der raga degli orechi, die sich vor uns öffnet, um uns wieder zur Rialtobrücke hinzuführen, entschädigt uns für all die grausamen Eindrücke, die unsere Einbildungskraft bestürmt haben, das wohlthuende Bild idyllischer Genüsse und nirgends können wir uns auch besser restauriren, als eben hier. Zwar bei dem ungeheuren Kürbis mögen wir nicht mithalten, den dort die Höherin in zwei luchsförmige Hälften zerschneidet und über dem lustig brennenden Feuer röstet — es soll lastianerartig schmecken. Auch der andern sehn wir verblüfft zu, welche eben kunstgerecht den Kessel mit Polenta umstürzt; dampfend schwankt die gelbe Masse auf der runden Holzplatte hin und her, und schon hat sich eine Schaar eßlustiger Liebhaber um sie gesammelt, und einem um den andern wird seine Portion mit einem Bindfaden von der weichen Masse abgeschnitten, auf einem Stück Papier gewogen und kredenzt. Weit eher würde es uns locken, mit den Lastträgern zu halten, die dort auf den Stufen von San Giacomo ihr frugales Mahl halten. Wie bei uns der Tagelöhner zur Mittagszeit im Schatten sich niedersetzt den Brodblaib aus der Tasche zieht und Stück um Stück mit dem Taschenmesser sich abschneidet, so haben sich jene Angurien mitgebracht. Die dunkelgrüne Schale wird angeschnitten und von dem safttropfenden rosenrothen Fleisch wandert eine

Kaisers dem legitimen Rechte, dem europäischen Gleichgewichte und den Hohenzollern günstig sein, immer sind sie schwächer als die Traditionen seines Reiches, als die Bedürfnisse von dessen Zukunft; die russische Politik findet die Staatsraison und Opfer nur für Interessen, die lediglich in Russland liegen.

Wenn für jetzt und einige Zeit Russlands finanzielle Lage eine trostlose ist (die Gesamtsumme beträgt circa 1500 Mill. Silberrubel, die Circulation der sehr schwach funktirten Credit-bills erreicht die ungeheure Summe von 700 Mill., die Anleihen im Auslande ziehen nicht mehr); wenn die innere Entwicklung, namentlich die Bauern-Emancipation, noch lange Ruhe verlangt, wenn die Fortentwicklung der Macht in Asien die zu erübrigenden Kräfte absorbiert und daher Russland so außer Stande ist, wie nicht Willens sein kann, einen Krieg in Europa zu führen, so wird es nicht für Preußen und Deutschland mit-eintreten, ja eher fördern als hindern, daß Europa und namentlich die deutschen Staaten sich nicht sobald von der napoleonischen Beunruhigungspolitik emanzipieren.

Die Situation ist daher jetzt und wohl auf längere Zeit für Preußen eine solche, daß es keine Großmacht-Allianzen erhoffen darf und lediglich auf seine eigene Kraft verwiesen dasteht!

Was wir von dieser zu erhoffen haben, worin sie eigentlich besteht, wollen wir im folgenden Artikel ermitteln!

Landtags-Verhandlungen.

PB. 25. Sitzung des Herrenhauses

am 27. April.

(Fortsetzung der gestrigen Verhandlung.)

Der Regierungs-Commission entwickele einen Theil der belannten Regierungs-Motiv für die Vorlage, sagt, daß die Regierung durch dieselbe auf eine Mehr-Einnahme von $\frac{1}{2}$ Millionen rechte, und sich mit den beiden Verbesserungs-Anträgen, welche das Maximum der Grundsteuer festsetzen wollen, einverstanden erkläre. Im weiteren Verfolge sucht derselbe die gestern gegen die Grundsteuer vorgebrachten Bedenken zu entkräften, indem er unter Anderen bemerken zu können, daß man im ganzen Lande Kataster habe, nur sei die Katastratur in den östlichen Provinzen nicht so vollständig wie in der Rheinprovinz. Wenn die Grundsteuer gestern eine revolutionäre Magazin genannt worden sei, so trefse dieser Vorwurf sämtliche Hohenzollern, vom großen Kurfürsten an bis auf die Gegenwart, welche sämtlich mit Mahnregeln umgangen seien, den Reinertrag von Grund und Boden überall und gleichmäßig zu besteuern. Berühe die Grundsteuerbefreiung auf Staatsverträgen, so enthalte die Regierungs-Vorlage dennoch keine Rechtsverlegung, denn jeder Vertrag sei fundbar, und die Regierung bitte das hohe Haus, im Falle solche Verträge zwischen Staaten angebringen und der Krone Hohenzollern beständen, diese Verträge, als mit dem Staatswohl nicht mehr vereinbar, als gefündigt und aufgehoben betrachten zu wollen. Schließlich wolle er auf die gestern vorgebrachte „Grundsteuer-Schraube“ zurückkommen, welche angelegt werde, um den Grundbesitz immer mehr zu pressen, um ihn endlich zu erdrücken, dies sei eine Voraussetzung, die nirgends zutreffe. Wenn schon gestern von mehreren Seiten des Hauses die Grundsteuer des Rheinlandes als keine erdrückende erkannt worden sei, so könne dies um so weniger der Fall sein bei einer weit geringeren, das ganze Land gleichmäßig treffenden Steuer.

v. Gaffron spricht sich gegen die Regierungs-Vorlage und für eine allgemeine landwirtschaftliche Gewerbesteuer aus. Wenn er trotzdem für die Gesetze III. und IV. stimme, so geschehe es nur, um einen alten Bantafel zu befeitigen. Gegen das Gesetz Nr. I. stimme er jedoch mit ganzer Entschiedenheit, für das Gesetz Nr. II. nur eventuell.

Hasselbach für die Regierungs-Vorlage. Die Rede des Herrn Hasselbach ist der Widerlegung einer Denkschrift und den gestern von Herrn v. Kleist-Kreppen aufgeführten Gründen gewidmet. Unter allen schlechten Steuern sei die schlechteste, welche man selber zahlen müsse. Deshalb wundere er sich auch nicht, weshalb die Grundsteuer in diesem Hause so verwerthlich gefunden werde (Heiterkeit). Eine Hauptaufgabe beim Auslegen einer Steuer sei, sie dort aufzulegen, wo sie gezahlt werden könne. Die Grundsteuer mache überdies geringe Erhebungskosten (Heiterkeit). Wenn Sie, meine Herren, die Vertreter des Landes, sich nicht herbeilassen, für das Gesetz Nr. I. (Grundsteuerregelung) zu stimmen, so werden wir, die Vertreter der Städte, zu unserem Bedauern uns gegen das Gesetz Nr. II. (Gebäudesteuer) erklären müssen.

v. Senft-Pilsach: Meine Herren! Wir sind nicht hierher gerufen worden, um zu Allem „Ja“ zu sagen, sondern um, wie der König sagte, gewissenhaft zu berathen. Er stimme nach seinem Gewissen gegen Gesetz Nr. I, gegen Gesetz Nr. II und für Gesetz Nr. III und IV. Es fehle Geld! Nun es fehle an noch weit wichtigeren Dingen im Lande; es fehle an Gerechtigkeit, es fehle an Mannhaftigkeit! Dennoch sei kein Einziger hier im Hause, der nicht opferfreudig für den Staat eintrete würde, wenn es die Not erforderne. Der Redner zählt in Wagen Dinge her, wo Unsummen Geldes von der Staatsregierung verschwendet und vergeudet worden wären, die, wenn sie jetzt da wären, den Mehrbedarf des Staates für die Armee vollständig decken würden. Seit Wochen (es sei wahrhaft lächerlich) verbandelten beide Häuser des Landtages, um was? Um eine Grundsteuer, die jährlich 800,000 Thlr. einbringen würde, während die Katastratur des Landes mindestens 20 Millionen koste. Die Verzinsung dieser Summe mache jährlich 1 Million. Und wofür diese Million Zinsen, um jährlich 800,000 Thlr. Grundsteuer einzunehmen? (Heiterkeit.) Wie gesagt, das Haus ist, namentlich wenn es sich um die Militär-Organisation handelt, zu allen Opfern bereit, nur

Scheibe um die andere in den gierigen Mund. Aber was auch sonst nur irgend unser Herz begehrn mag von herrlichen Früchten, steht hier lockend vor uns ausgestellt, die Preise auf reinlichem Bettel in jedem Korb ausgestellt. Da sind prächtig duftende Vielenonschichten, goldene Orangen, Granatäpfel, Trauben, herrlich anzusehen, zumal die goldgelbe uva d'oro, eine Krone der Schönheit, an den Ulmen der sonnigen Hügel bei Petracas Grab gereift; vor allem aber die wundervollen Pfirsiche, faustgroß und noch größer, ein Anblick, so lockend, so labend, daß dem Nordländer notwendig das Herz im Leibe lachen muß. Äpfel und Birnen liegen in bescheidenen Körbchen dehnähnlich daneben; was wollen sie auch hier die nüchternen spießbürglerischen Gesellen, im Land, wo die Citronen blühen? Drüber, hinter den Alpen, da sollen sie uns wieder willkommen sein; aber hier, im Zauber-garten der Hesperiden, wär's ja eine Sünde, nicht zu schwelgen in des Südens Schäzen aus der Pomona köstlichem Füllhorn. Drum lassen wir uns bei den edlen Früchten nieder unter dem geselligen Zeltdach der Bottega; und wahrhaftig, eine Wonne ist hier im Schatten zu sitzen und hinausschauend auf das bunte Leben, „das um alle Stufen des Rialto wölbt“, kührende Sorbetti zu schlürfen oder „bei der süßen Chiertraube Blut von dem stürmischen Gewühle der Agora auszuzechen.“ Ist ja doch gleich zu unserer Freuden die riva del vino, wo die rothäutigen Griechen die edlen Weine ihrer schönen Inseln landen, den feurigen Ephalonier, der auf Olyssus Felseneland hingeschaut, oder den süßen Cyper, oder den Samier, von dem Anakreon gesungen.

Da mögen wir denn gerne zurückdenken an jene glänzenden Zeiten, wo der Venezianer selbst auf jenen Inseln die Traube gepreßt, wo das Banner von San Marco alle jene Meere beherrschte und noch die Flaggen dreier Königreiche auf dem Marcusplatz wehten. Und da gedenken wir auch, daß es heiliger Boden ist, auf dem wir selbst hier stehen; denn das ist ja die Isola di Rialto, das uralte Rioaltum, wo in grauen Zeiten die ersten Keime der werdenden Stadt sich angesetzt. Hier haben einst die

müssten sie dann in vernünftiger Weise gefordert werden. Die Hypotheken im Preußischen Staat betragen jährlich 200 Millionen Thaler. Eine geringe Steuer auf diese Zinsen würde alle Wehrbedürfnisse decken. (Sensation!) Wollte man den Grund und Boden beladen, so müßte man vor allen Dingen die Capitalisten beladen, die ihre Revenuen aus dem Grund und Boden zögern. Schließlich spricht sich der Redner noch einmal entschieden für Verwerfung der Regierungs-Vorlage I. und II. aus.

Fortsetzung morgen.

43. Sitzung des Abgeordneten-Hauses

am 27. April.

Die Tages-Ordnung führt zur Fortsetzung der Verabthung des 7. Petitionsberichts, und zwar zunächst zu der Petition des Grafen Blumenthal-Sauken gegen die Zulassung der Juden zu den Kreistagen und für Zurücknahme des Ministerial-Glasses in Betreff der Beschränkung des Petitionerechts der Kreistage. Die Commission beantragt Uebergang zur Tages-Ordnung. Diese wird, nachdem v. Blandenburg, v. Binde (Hagen) und der Minister des Innern das Wort genommen, mit großer Majorität acceptirt.

Die übrigen Petitionen werden nach dem Commissions-Antrage erledigt. Nur die Petition des Kreisgerichts-Directors Wichert zu Königsberg i. P. über das Rayon-Regulativ von 1828 wird auf den Antrag des Abg. Lamnau der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen, nachdem sich der Regierungs-Commission damit einverstanden erklärt hatte. — Es folgt jetzt der 8. Bericht der Petitions-Commission. In Betreff einer Petition der Gutsbesitzer v. Hennig und v. Kettler um Aufhebung der Stempelabgabe von 15 Sgr. für die Aufenthaltskarten, welche den polnischen Ueberläufern erteilt werden, beantragt die Commission Ueberweisung an die Regierung zur Berücksichtigung.

Der Oberlehrer Heidtmann hatte bei Gelegenheit einer Wahlversammlung die Wahl der Candidaten v. Arnim, v. Gerlach und Wagner bekämpft und dabei gedauert: „Die Partei seiner Gegner wolle, um Alles zu sagen, die Krone unter ihre Bormundschaft nehmen und die Bürger und Bauern unter ihre Krone.“ In Folge dessen erhielt der Lehrer Heidtmann ein Rescript des Provinzial-Collegiums zu Stettin, wonach die in Ried stehende Neuordnung im hohen Grade genehmigt und ausgesprochen wird: „Wir missbilligen es, daß Sie durch die lebensfahrliehe und Geschäftige erregende Weise, in welcher Sie die Partei Ihrer Gegner angegriffen, einen großen Theil des Publikums, welches seine Schule dem Neustettiner Gymnasium anzuvertrauen pflegt, erheblich verletzt haben.“ — Auf die an den Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten gerichtete Beschwerde erhielt Dr. Heidtmann abweisenden Bescheid.

Der Dr. Heydtmann hält nun die ihm vorgesetzte Dienstbehörde zu einem disciplinaren Eintheilten unter Hinweisung auf den § 2 des Disciplinargesetzes vom 21. Juli 1852 nicht für berechtigt; er wendet sich beschwörend an das Haus der Abgeordneten, mit dem Antrage,

„daß die Verfügung des Ministers der geistlichen &c. Angelegenheiten vom 7. April 1859 dem Landesgesetzen nicht entsprechend zurückgenommen werde.“

Die Commission beantragt: in Erwägung, daß durch die dem Dr. Heidtmann ausgesprochene Missbilligung eine Beschränkung in der Ausübung staatsbürglicher Rechte weder erfolgt noch beabsichtigt ist, zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Gneist beantragt die Ueberweisung der Petition an die Staatsregierung zur Berücksichtigung. Der Redner schildert den Druck, den die Herrschaft der Kreuzzeitungspartei auf dem Lande ausübt, und daß demnach, nachdem man endlich sich von diesem Alp befreit gefühlt, man das frei gewordene Wort unmöglich in so enge Grenzen habe einzuschränken können. Dann seien aber auch die gerügten Worte nicht der Art gemessen, um ein solches Auftreten der Aufsichtsbehörde zu rechtfertigen, wie überhaupt die Staatsregierung keine Censur über die bei Ausübung der staatsbürglichen Rechte gemachten Neuordnungen des Beamten. Durch den vorliegenden Fall sei die Disciplinargewalt, welche die Staatsregierung in Betreff der amtlichen Wirksamkeit habe, auf das außeramtliche Leben der Beamten übertragen worden.

Das Disciplinargesetz dürfe nur angewendet werden, so lange die verfassungsmäßigen Grundrechte, denen wesentlichstes das Wahlrecht ist, davon nicht berührt würden. Der Wahlmann vertrete aber nicht allein sein eigenes verfassungsmäßiges Recht, sondern auch das der Wähler und dürfe deshalb um so weniger einer Censur unterworfen werden, die lediglich seine amtliche Stellung berühren könne. So unheimbar auch der einzelne Fall sei, so sei doch in demselben das ganze Prinzip der Wahlfreiheit verletzt, weshalb er seinen Antrag empfiehlt, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. v. Binde: Wenn man die Neuordnung so naht, wie sie hingestellt, lasse, so erscheine sie ihm ebenfalls als unschädlich. Gerade ein junger Beamter, ein Lehrer, darf die Rücksicht der Schülerschaft nicht außer Auge setzen, und dies zu beurtheilen, sei lediglich Sache der vorgerichteten Behörde. Es haubele sich hier auch nur um einen Verweis, nicht aber einen Beamten gleich wegen seiner Ansicht zu entlassen. Von einem Lehrer sei aber eine solche Neuordnung um so mehr zu missbilligen, als er eigentlich gar keiner politischen Partei angehören dürfe. Wie die Wahlfreiheit durch einen solchen Verweis beschränkt werde, das begreife er nicht, denn Wahlfreiheit gebe noch nicht die Freiheit, beliebiger Weise zu schwippen. Der Minister habe das buchstäblich gesetzliche Recht, das Verhalten seiner Beamten, namentlich deren Schülerschaft zu überwachen, er habe das unumstößliche Recht den Beamten begangene Unschuldloskeiten zu verweisen, und habe derselbe einmal die Überzeugung, daß einer seiner Beamten etwas Unschuldloses begangen, so habe das Haus kein Recht, dem Minister eine andere Überzeugung vorschreiben. Er müsse deshalb mit aller Entschiedenheit die Annahme des Commissions-Antrags befürworten.

Veneter des nahen Festlands Zuflucht gesucht vor den andringenden Völkerstürmen der Barbaren, der Gothen erst, dann der Hunnen, der Longobarden, und wie sie alle auf einander kommen; hier haben sie ihre schlichten Holzbütten auf den schwanken Schlammböden gesetzt und dann allmählich, die Sicherheit ihrer Lage mitten in Sumpf und See erkennend, auf tausenden von Ulmen und Eichstämmen feste Säze gegründet. Rialto ist auch lange Zeit der Name des jugendlichen Freistaats gewesen, der Anfangs unter Tribunen, dann unter Herzogen oder Dogen die „älteste Republik der christlichen Welt“ geworden ist. Das Kirchlein uns gegenüber, San Giacomo di Rialto genannt, will schon im Jahr 421, gleich nach Alarichs Einfall gegründet sein, und das wunderliche Standbild des gebückten Mannes daneben, über dessen Rücken rohe Stufen laufen, der gobbo di Rialto, soll einst die Tribunen getragen haben, wenn sie die freie Volksgemeinde von Rialto um sich sammelten. Von hier sahken sie dann, die fülligen Söhne der Fluth, ihre Schiffe aus durch die Adria und über Mittelmeer, und holten vom Nil und vom Tanaïs die kostbaren Schätze des Morgenlands herüber, und hier, gerade wo jetzt die harmlosen Früchte lagern, waren in alten Zeiten jene Himmelsfahrtmessen, bei denen Abendland und Morgenland sich vereinigten. Noch zeigt man, wo die feinen Wollstoffe lagererten, wo die florentinischen Seidenhändler, wo die Goldschmiede und die Juwelenverkäufer ihre Buden hatten; hier war die berühmte „Benediger Bank“, hier war's, wo Shylock wandelte, hier, wo die Contarini, die Mocenigo, die Giustiniani u. s. f., die blinkenden Beckinen“ gewannen, mit denen sie dann hier endlich gingen an die Ufer des Canal grande setzen, von Sammther über jähre Alpensteige hinübergetragen, in die deutschen Gaue, nach Nürnberg, Augsburg, Ulm bis zur einsamen Ritterburg oder dem lippigen Fürstenhofhalt, und wo sie zogen und wo sie halt machten, die zauberhaften Kinder des Orients, da keinte Glück und Wohlstand unter ihnen auf, kräftiges Bürgerthum, Sang und Kunst erblühten, Dome und Münster strebten empor,

Abg. Dr. Schubert empfiehlt den Antrag des Abg. Gneist, daß auch den Wahlmännern das Recht der Wahlfreiheit gewährt werde. Abg. Fliegels tritt dem ebenfalls bei. Dr. Heydtmann habe nichts als die Wahrheit gesprochen, dazu sei er als Wahlmann verpflichtet gewesen.

Abg. v. Blandenburg: Daß die Partei, zu der er gehöre, verdächtigt werde, sei er gewohnt, aber das sei ihm noch nicht vorgekommen, daß, wie es von dem ersten Redner geschehen, die Partei, die in diesem Hause Mitglieder hat, in der von dem Petenten gebrauchten Ausdrucksweise gekennzeichnet werde. Wie stets, so namentlich jetzt, schäfe er es sich zur Ehre, dieser Partei anzugehören, und die Erfahrung werde zeigen, ob diese Partei das wirklich wolle, was ihr durch die Anerkennung des Petenten und der ersten Redner vorgenommen worden. Darauf sich zu verteidigen, halte er unter seiner Würde. Dem ersten Redner, der so viel sich mit Studien über englische Verhältnisse beschäftigt, rathe er, sich ein wenig im eigenen Lande umzusehen. Der Commissions-Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Deutschland.

△ Berlin, 27. April. Ich theile Ihnen aus bester Quelle mit, daß die Anwesenheit der Erzherzogin Sophie, so wie die jüngste Anwesenheit des Königs von Sachsen den Zweck hat, eine Annäherung zwischen Preußen und Österreich anzubahnen. Zweck dieser Annäherung soll eine gemeinschaftliche Action in der französischen Bemühungen ein leineswegs günstiger. Österreich hat auch diesesmal sein Werk dadurch unendlich erschwert, daß es von vornherein mit Drohungen aufgetreten. Es hat gedroht, sich, falls Preußen seine Allianz nicht annahme, nach anderen Allianzen umzusehen.

Den Offizieren der hiesigen Garnison ist vor Kurzem durch einen Gouvernementsbefehl untersagt worden, auch außerhalb ihres Dienstes ihre Uniform durch einen in eins der Knopflöcher gesteckten Uhrschlüssel zu verzieren. Die Uniform soll zu jeder Zeit so einfach getragen werden, wie sie vorgeschrieben ist. Ein gleicher Befehl ist jedenfalls auch den Unteroffizieren und Freiwilligen zugelassen, denn auch bei diesen sieht man die sonst vielfach äußerlich benutzten Uhrschlüssel nebst Zubehör nicht mehr auf der Uniform prängen.

Nach einer telegraphischen Depesche aus Wien am 26. April Nachm. 4 Uhr 20 Min., hat das Begräbniss des Freiherrn v. Bruck unter heftigem Regen ohne jeden offiziellen Charakter stattgefunden. Keine Uniform sichtbar.

Gotha, 24. April. Die Redaktion des „Gothaischen Tagessblatts“ erklärt heute: Gern würden wir die ausgezeichnete Rede des preußischen Abg. v. Binde in ihrer ganzen Ausdehnung mittheilen. Da wir aber ihres Inhaltes wegen, nach der neuesten offiziellen Auslegung unseres Strafgesetzbuches, einer Confiscation und Bestrafung entgegen zu sehen hätten, so beschränfen wir uns darauf, unsere geehrten Leser auf die bezüglichen Referate in den Berliner Zeitungen aufmerksam zu machen.

Mannheim, 22. April. In einer gestern abgehaltenen, engeren Bürgerversammlung wurde die nationale Tagesfrage der kurhessischen Verfassungsangelegenheit eingehend besprochen und der Beschluss gefaßt, in dieser das deutsche Rechts- und Volksgefühl so tief berührenden Sache eine Petition an die Kammer vorzubereiten. Der Zweck dieser Petition soll dahin abzielen, das Ministerium zu veranlassen, dem badischen Bundes-Tags-Gesetz neue Instructionen zu ertheilen, welche ein festes Anschliefen an die Preußische Politik in dieser Angelegenheit beurkunden und zugleich dem kurhessischen Bruderstaat den Ausdruck der wärmsten Sympathien für dessen schwerverletzte Rechte verleihen sollen.

(Fortsetzung der Politik in der Beilage.)

Danzig, den 28. April.

** Der Oberpräsident der Provinz Preußen, Wirkl. Geh. Rath Eichmann, ist heute von Königsberg hier eingetroffen, und wird sich von hier aus nach Bohnack begeben.

† Nachdem schon Anfang Februar vom hiesigen Vorstand der Schillergesellschaft beim Ministerium die Genehmigung erbeten wurde, ein kleines Bild, welches unser Landschaftsmaler Scherer der Schillergesellschaft zum Geschenk gemacht hatte, verloren zu dürfen, ist diese Genehmigung jetzt endlich erfolgt. Obgleich der ursprünglich beabsichtigte Zeitpunkt der Verlorenung durch diese Verzögerung schon verloren gegangen ist, so soll der Verkauf der Loipe dennoch in nächster Woche stattfinden, da sich noch beim Publikum ein vielseitiges Interesse dafür zeigt. Das Bildchen, eine kleine Skizze aus unserer Niederung, steht in der Buchhandlung von Weber zur Ansicht aus.

† (Theater.) Eine junge Sängerin, Fr. Beendorf, gastierte gestern als Agathe im „Freischütz“. Die Dame ist je-

allenhalben regte sich ein frisches und gesundes Leben. Und das alles ging aus von dem kleinen Platze zur Seite der Rialtobrücke, wo jetzt die Früchte und die Gemüse verkauft werden.

Das mag nun freilich ein anderes Marktleben am Rialto gewesen sein, als wir es eben gesehen haben, und ein ander Geschlecht von Menschen. Denn fürwahr, ein Volk von Königen ist's doch gewesen, jene Kaufherrn vom Rialto, das so eine Welt aus dem Nichts erschaffen konnte, um wir geben Platen Recht, der überhaupt Benedig am tiefsten, ins Herz geblickt hat, wenn er von ihnen singt:

Kaufmannsvölker erblicken die Welt oftmaß und erblicken sie. Heute noch; aber es sind leidige Sammler des Gelds; Welche das Leben verklärt durch die Gebilde der Kunst.

(Morgenblatt.)

„Thetis“ und „Frauenlob“ in Madeira.

Vom Bord der Fregatte „Thetis“ (den 31. März) enthalt der „Schles. Ztg.“ folgenden Bericht über die Reise der beiden preußischen Kriegsschiffe „Thetis“ und „Frauenlob“ von Portsmouth nach Madeira:*

Nach einem viermonatlichen Aufenthalt im Hafen und auf der Rhede von Portsmouth, welcher uns schon wie eine halbe Ewigkeit vorkam, und nachdem wir bereits einige Mal Segelordre und wieder Contreordre bekommen, traf endlich am 14. März der definitive Befehl ein, am 15. die Ankunft zu lichten und mit

Beilage zu No. 589 der Danziger Zeitung.

Sonnabend, den 28. April 1860.

Deutschland.

Berlin, 27. April.

BC. In der diplomatischen Lage, welche bei Verhandlung der kurhessischen Frage sehr voll war, erblickte man auch das französische Gesandtschaftspersonal. Dasselbe soll Alles, was es über Kaiser Napoleon dabei vernehmen mußte, sofort nach Paris telegraphirt haben und darüber nicht wenig veräumt sein; — so berichtet das „Preußische Volksblatt.“

Otto Ule entwidelt in der „Kölner Zeitg.“ den Plan einer deutschen Expedition zur Ausführung Eduard Vogel's. Die Bildung eines Comit's, welches die fernere Leitung dieser Angelegenheit in die Hand nehmen wird, steht in näher Aussicht. Es wird dann der Ruf an die Nation ergehen, die Mittel herbeizuschaffen, welche die Ausführung des Unternehmens erfordert. Möge dieser Ruf die Herzen nicht kalt finden.

Göllnow, 25. April. (Pomm. Zeitg.) Die pommerschen Junker beabsichtigen dem Herrn von Waldow-Steinhöfel aus Anerkennung für seine gegen die Aufhebung der Wiedergesetze im Herrenhause gehaltene Rede, ein silbernes Tafel-Service zu dedizieren, zu welchem Zwecke ein Circulaire des Nauardter Landrates die Parteigenossen zu Beiträgen auffordert.

Wien, 26. April. Die „Ostdeutsche Post“ schreibt: „Die Untersuchung, in welche einige der ersten Triester Kaufleute verwickelet wurden, konnte auf das Gemüth des Ministers nicht ohne Eindruck bleibet, da mancher jener Männer ihm während seines Lebens in Triest näher gestanden und bis in die letzte Zeit sein Vertrauen genossen. Dazu kam der Jammer dieser Familien, die eine unmögliche Fürsprache und Protection von ihm ersiehten. Alle Bekannte und Freunde, die Herrn v. Bruck in den letzten Monaten in unbewachten Augenblicken sahen, waren über die Abgespantheit betrübt, in die er bisweilen versiel.“

Oldenburg, 23. April. Die „Oldenburger Zeitg.“ macht in Betreff des letzten Bundesbeschlusses über die kurhessische Frage folgenden Vorschlag: 1) Die Stände-Beratungen in allen Staaten, welche für Beseitigung des kurhessischen Staatsgrundgesetzes von 1831 gestimmt haben, müssen die Mittheilung der dieser Abstimmung zu Grunde liegenden Instructionen verlangen; 2) sie müssen, möge nun diese Vorlegung gewährt oder verweigert werden, das längere Verbleiben derjenigen Staats-Minister, welche die Gesandten zur Abstimmung im Sinne der Frankfurter Majorität angewiesen haben, in ihrem Amte als gefährlich für die Erhaltung des Rechtszustandes im eigenen Lande erklären; 3) sie müssen feierliche Verwahrungen einlegen gegen alle Consequenzen des gefassten competenzwidrigen Bundesbeschlusses und gegen jede weitere Anwendung der darin zur Geltung gekommenen Maximen.“

Hannover, 24. April. Nach zwei Sitzungen hat auch die Zweite Kammer mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität die Scholtenwerke, welche der Finanzminister auf eigene Hand gesaust hat, aus dem Budget zu streichen beschlossen. Der Minister des Innern fragte, ob Stände, wenn die Gerichte auf Contracts-Erfüllung erkannten, etwa den gewiß unerwünschten Weg einer Anklage des Finanz-Ministers wegen absichtlicher Verfaulungs-Vorlegung betreten wollten? Herr v. Bennigsen gab die Antwort darauf in den Worten, daß es ja kein Unglück sei, wenn der Finanzminister an dem angeblich so glänzenden Geschäft hängen bliebe und wie sein Bruder aus dem Staatsdienste scheide, um die Haushaltungen mit billigem Brennstoff zu versehen, statt mit seiner Willkür in dieser Zeit der deutschen Gefahr politischen Brennstoff zwischen Krone und Volk zu werfen. Jeder einzelne Minister ging seinen eigenen Weg, bekummerte sich um den andern nicht oder höchstens dann, wenn er ihm Schwierigkeiten machen wolle. Der Repner hält die Gefahr Deutschlands für drohend genug, daß es Zeit sei, Land und Krone zu verführen. Auch Mitglieder der beständigen Rechten empfahlen den ersten Schritt, welchen der Finanz-Ausschuss antrieb; das Verfahren der Regierung billigte kein Einziger.

England.

London, 25. April. Gelegentlich der heute erfolgenden Abreise des Earl von Elgin auf seinen chinesischen Posten spricht die „Times“ die Hoffnung aus, daß die Verbündeten energisch gegen die Chinesen vorgehen werden. „Wenn“, sagt sie, „Gewalt nötig werden sollte, so haben die Bevollmächtigten Englands und Frankreichs über eine hinreichende Zahl streitbarer Männer zu verfügen, um sich durch China escortiren zu lassen, oder das Kaiserreich nominell zu erobern.“

Frankreich.

Paris, 25. April. Man hört wieder viel von der orientalischen Frage in diplomatischen Kreisen sprechen und sieht Bemühungen verschiedener Mächte auf diesem Gebiete entgegen. Herr C. Abbat wird in einigen Tagen seine Schrift über die neue Karte von Europa veröffentlichen, welche in humoristischer Weise Dinge sagen wird, die in ernster Fassung verfrüht wären.

Herr A. Guerout in der „Opinione Nationale“ läßt sich durch das glückliche Ergebniß der Abstimmung in Savoyen und Nizza zu dem Vorschlage bestimmen, man möge das allgemeine Stimmberecht an die Stelle des Krieges treten lassen und alle nothwendigen Veränderungen durch diese menschliche und schmerzlose Operation vornehmen lassen! (Bravo!) Die Mitglieder des Consular-Corps von Messina haben sehr energische Depeschen an ihre Regierungen geschrieben, worin sie diese auffordern, auf Entfernung von General Russo bei der neapolitanischen Regierung zu dringen. Der König von Neapel hat zur Vermeidung von weiteren Complications verschiedene in Sicilien verhaftete Ausländer wieder freigegeben. Der Kaiser und die Kaiserin haben Hrn. Mon, dem spanischen Gesandten, ihr Missfallen über die vorgenommenen Hinrichtungen ausgesprochen.

Italien.

Turin, 23. April. La Farina, der Präsident des Comit's für Sicilien, hat sich nach Genna zu Garibaldi begeben, um sich mit diesem in Einvernehmen zu setzen. Man glaubt noch immer, der italienische General werde trotz Favours Abmahnungen bei erster Gelegenheit nach Sizilien abfahren. Die neuesten Nachrichten aus Trapani gehen bis zum 18. April. Sie bestätigen den Erfolg der Revolution in dieser Stadt. In Catanea scheint die Revolution einen Waffenstillstand mit den königlichen Truppen abgeschlossen zu haben, und dieses geschah durch Vermittelung des Fürsten Italia. Unter den Städten würde also Trapani allein noch Widerstand leisten. Montréal wird allgemein als Mittelpunkt der Operationen des Aufstandes bezeichnet. Die Briefe klagen über Mangel an Waffen und Munition. Die Berichte sind einstimmig dar-

über, daß die Insurgenten zu wiederholten Malen Vortheile über die königlichen Truppen davon getragen haben. Die Zahl der Toten und Verwundeten scheint in der That sehr beträchtlich zu sein.

— Die „Gazette de Nice“ behauptet, daß in Nizza von den am 15. April abgegebenen 6848 Stimmen wenigstens 3000 Unberechtigten angehören.

Asien.

Ein Correspondent des „Levant“ aus Konstantinopel lenkt die Aufmerksamkeit auf gewisse Vorgänge in Persien, die als Vorzeichen von neuen Verwickelungen mit Russland anzusehen sind. Diese Macht dränge längs der Küsten des kaspischen Meeres nach Turkomanien und entfende zahlreiche Agenten nach Ma-senderan, und überhaupt nach den Gebieten am Golf von Astabad. Der Schah hatte eine Reise nach Chorassan vor, um daselbst die Zeit des Ramazan zuzubringen. Allein Besorgnisse aus dem Gebaren der russischen Aussendlinge und ihrer Proselyten ent-springend, haben ihn vermocht, sein Reiseproject wieder aufzugeben. Die britische Diplomatie zu Teheran ist fortwährend wachsam; namentlich drängt sie die Regierung des Schah in deren eigenem Interesse, in allen Zweigen der Verwaltung jene Reformen einzuführen, welche die Existenz-Grundlagen des Reichs zu befestigen und seinen Wohlstand zu fördern geeignet sind. Im jetzigen Augenblick ist der britische Einfluß zu Teheran entschieden vor-waltend. Persien ist eine wichtige Hut für die Sicherheit der großbritannischen Besitzungen in Ostindien, und der letzte Krieg hatte offenbar nur den Zweck, das frühere Übergewicht Russlands dort zu brechen.

Danzig, den 28. April.

* Wenn wir in der Landes-Beratung die Feinde der Ju-denemancipation kürzlich wieder viele Worte machen sahen, wenn wir erfahren, daß in einzelnen Kreisen und auch bei uns Petitionen gegen die vollständige Emancipation der Juden vertrieben werden, so ist doch nicht zu verkennen, daß in den Augen jedes Vernünftigen die Sache längst aufgehört hat, eine Frage zu sein, und daß die vollständige Juden-Emancipation nur noch bei denen, welchen überhaupt Recht, Gesetz, Vernunft und Menschlichkeit fragliche Dinge sind, welche nicht den Grundsatz „gleiche Rechte, gleiche Pflichten“ für sich anerkennen, Zweifel, Ausstoß und Be-kämpfung findet. Der Glaubenshass ist in der Masse verschwunden, nur in der Minderzahl gibt es noch Leute sowohl in den höheren als in den niederen Ständen, die sich für ihn fanatisch, Merkwürdiger Weise thun dies in der Regel dieselben Stand und Bildung beanspruchenden Menschen, die wider den Rechtsstaat kämpfen, die für Staatsrettungen, für Umkehr der Wissenschaft, für Concordate, Volks-Beruhigungen und Steuer-Freiheiten schwärmen!

Preußen ist ein paritätischer Staat, der auf keine der beiden Hauptkirchen einen Einfluß ausübt; es ist deshalb die unabsehbare Consequenz, daß er die absolute Toleranz gegen alle Kirchen nicht bloß gegen die christlichen, ausüben und die vollständige Gleichstellung der Juden anerkennt und ausüben muß.

Der Rechtsstaat, der sich nicht in kirchliche Dinge zu mischen hat, darf auch aus der Religion offenkundiger Nichtchristen keinen Grund hernehmen, um diese vom Staat und von seinen Amtmännern auszuschließen; und wenn der Staat die jüdischen Beamten nöthigt, am Sabbath zu arbeiten, so ist das keine Inconsequenz; er kennt und darf nur kennen den bürgerlichen Ruhetag, den Sonntag.

Mit dem Augenblicke, wo Preußen ein paritätischer Staat wurde, hörte er auf ein christlicher zu sein; denn es gibt keine Religion ohne Kirche; das Christenthum hat sich in mehreren Kirchen manifestiert und nach unserer Verfassung hat keine derselben Einfluss auf den Staat. — Giebt man zu, daß der Justizminister die Anstellungsfähigkeit der Juden regeln kann, so darf man sich nicht wundern, wenn er zu gelegener Zeit mit gleicher Münze die Katholiken oder die Nationalisten bedient.

** Bei der letzten Abstimmung über den Vincke'schen Antrag in der kurhessischen Frage haben von den 54 Abgeordneten aus der Provinz Preußen folgende gegen den Antrag gestimmt: Ober-Regierungs-Rath Pavel aus Danzig (Earthaus-Nienstadt), Landrat Freiberger von Schröter aus Kulm (Thorn-Kulm), Landrat von Weiher aus Flatow (Dt. Crone, Flatow, Schlochau), Domherr Klingenberg aus Löbau (Löbau-Straßburg), Kreisrichter Würmeling aus Schweiz (Cottitz-Schweiz), Kreisgerichts-Director Henze aus Heilsberg (Braunsberg-Heilsberg), Bürgermeister a. D. Siebert aus Wartenburg (Allenstein-Ortelsburg), v. Tettau aus Tolks bei Wartenstein (Pr. Eylau-Heiligenbeil).

* Durch den Behufs Legung einer Gasröhre nöthigen Plasterauf-bruch in der kleinen Gerbergasse wurden die Besitzer der hier untergebrachten Wagen und Pferde für einige Tage außer Stand gesetzt, von diesen Gebrauch zu machen; der Aufbruch war erfolgt, ohne den Besitzer vorher Mittheilung davon gemacht zu haben, und die mögliche Ausfahrt durch den Stadthofs-Thorweg blieb verschlossen. Wir unterbreiten der betreffenden Behörde den vielfach geäußerten Wunsch, die Durchfahrt nach dem Stadthofe für immer anzuordnen; es ist keine Ursache aufzufinden, warum dies nicht schon längst geschehen ist. Die Holz- und Kohlenwagen versperren oft halbe Tage lang die Passage, während eine Aenderung dieser Unbequemlichkeit auf einfache und wenig kostspielige Art durch die Offenhaltung des Stadthofthores herbeizuführen ist. Nebenbei ist dann auch wieder eine Sackgasse weniger in unserer Stadt.

— Im Laufe des Jahres 1859 sind im Verwaltungsbezirk der Königl. Regierung zu Danzig 75 ländliche Stellen, mit einem Gesammt-Areal von 5852 Morgen preuß. zum freien Eigenthum verliehen, ferner auf 682 belasteten Grundstücken die Reallasten abgelöst und 16,896 Morgen durch Ausführung von 77 einzelnen Sachen unter 495 Grundbesitzer nach den Vorrichten der Gemeinheits-Theilung, Ord-nung vom 7. Juni 1821 und dessen Ergänzungsgesetz vom 2. März 1850 verteilt, resp. huffrei gelegt. Es sind dabei 564 Spann- und 3169 Hand-Dienstage aufgehoben und als Entschädigungen überhaupt, außer einem Kapital von 5677 R. und einer Abfindung von 681 Morgen in Land, eine Rente von 31,906 R. in Geld und von 11 Schaffeln Roggen festgestellt worden.

** [Schwurgerichts-Verhandlung gegen die Caroline Klöbke.] (Schluß.) Zur Befreiung unseres Berichts über die Schwurgerichts-Verhandlung gegen die Carol. Klöbke (s. Nr. 587) tragen wir noch die hauptsächlichsten Momente aus der Zeugenvernehmung sc. nach. Eduard Boreczowski (45 J. alt) gesteht sein Verhältnis zu der Angeklagten zu, auch daß dasselbe in den letzten Jahren nicht aufgehört habe,

ferner, daß er einen Brief von derselben erhalten, worin sie erklärt, sie würde sich die Adern öffnen sc. Zeuge gibt an, daß er zur Zeit des Todes von Klöbke sich mit Justine Römer habe verlobt und von der Angeklagten ganz losmachen wollen. Nach dem Tode des K. sei er oft in das Haus derselben gegangen, ohne jedoch an eine Heirath mit der Angeklagten zu denken. Über die Erkrankung und den Tod des K. gab Zeuge nichts Wesentliches an. Indes war seine Aussage über die Vorgänge bei dem Brande der Kath. von Wichtigkeit. Danach sei Zeuge in der Nacht vor der Section der Leiche des K., in welcher er in der Stube derselben zusammen mit der Angeklagten und deren Bruder die Todtentwache gehalten, von jener gegen Morgen geweckt und ihm gesagt worden, er möchte sich nach Hause begeben, ihr hätte geträumt, daß in seiner Wohnung Diebe eingebrochen wären. Zeuge habe sich in Folge dessen nach seiner Wohnung aufgemacht, sei jedoch, nachdem er dort Alles in Ordnung gefunden, nach 2 Stunden wieder zurückgekehrt. Bei seiner Rückkehr habe das Dach der Kath. in Flammen gestanden. — Zeuge hatte in der Voruntersuchung dieses letzteren Umstandes nicht erwähnt. Von dem Präsidienten befragt, weshalb er dies früher zu erzählen unterlassen, erklärte er, daß er von der Angeklagten während des Brandes gebeten worden sei, nichts davon zu sagen, daß sie ihn geweckt und fortgeschickt habe. — In Betreff seines Benehmens nach dem Tode Klöbke's gesteht Zeuge zu, daß dasselbe auffallend gewesen sei möge, er sei damals viel mit dem Schneider Papin zusammen gewesen und habe mit diesem außergewöhnlich viel Branntwein getrunken.

Schneider Papin sagt bei seiner Vernehmung aus, daß Boreczowski den erwähnten Brief der Angeklagten, worin sie erklärt, sich die Adern öffnen zu wollen, zu der Zeit erhalten habe, als man von einer Verlobung des K. mit J. Römer im Dorfe gesprochen. Ferner constatirt Zeuge, daß Angeklagte im Laufe des Winters 1858/59 eine Nacht in der Wohnung des Boreczowsky und in demselben Bett mit ihm zugebracht habe; sowie daß dieselbe auch ihn (Zeugen) einmal verführt habe.

Die Plegetochter der Angeklagten, Auguste Haak, bestätigt den vertrauten Verkehr zwischen jener und dem Boreczowski. Ihre Erzählung über das Verhalten der Angeklagten bei und nach dem Tode des K. erhärtet die Schuld derselben wesentlich. Von dem Arsenik weiß auch sie nichts, hat es weder gesehen noch gehört, daß Angeklagte es geholt habe. Die Pezenbürger habe von der Angeklagten Branntwein zu trinken bekommen und danach wäre ihr unwohl geworden.

Es folgt alsdann der Vortrag der Sachverständigen Apotheker Guse (Praust) und Helm, nach welchem sich durch chemische Untersuchung der Leichenteile ergeben, daß sich besonders in Milz, Leber und Nieren des K. eine größere Quantität Arsenik gefunden; in der Leiche der Pezenbürger haben die Sachverständigen weder Arsenik noch Phosphor aufzufinden können. — Das Gutachten der Aerzte (Dr. Boretius, Dr. Drosz, Dr. Möller) ging dahin, daß K. unzweifelhaft an Vergiftung durch Arsenik und daß die Pezenbürger ebensfalls sehr wahrscheinlich an Vergiftung, (sei es durch Arsenik, sei es durch Phosphor, worüber die Ansicht der Aerzte verschieden), gestorben seien.

Prediger Schwaa aus Trittau gibt aussführlichen Auf-schluß über die Familienverhältnisse der Klöbke'schen Chelente. Er constatirt, daß K. ein gutmütiger, schwacher und friedfertiger Mann gewesen und seiner Frau alle ihre Auseinandersetzungen nachgehen habe. Mit der Pezenbürgerin, die übrigens eine böse, zanklüstige Frau gewesen, habe die Angeklagte stets sehr schlecht gestanden. Am Tage, wo die P. gestorben, sei die Angeklagte zu ihm gekommen, habe erzählt, daß die Tante im Sterben liege und ihn gebeten, er möge mitkommen, damit er bezeugen könne, daß bei dem Tode der Tante Alles mit rechten Dingen zugegangen sei. — Als er am Sonntag Morgen zu der Brandstelle gekommen, habe er Angeklagte gefunden, wie sie die Sachen gerettet. Die Thür, welche in den Haustür von K. Wohnung führe, sei von innen verschlossen gewesen. Auf seine Frage, wo die Leichen wären, habe man ihm nicht geantwortet. Endlich habe Boreczowski die Wand eingeschlagen und die Leichen herausgezogen. — Nach der Aussage des Predigers ist Boreczowski stets ein ordentlicher und fleißiger Mensch gewesen.

Nach Vernehmung mehrerer wichtiger Zeugen, deren Aussagen insgesamt zur Vermehrung der Verdachtsgründe beitragen, wird Boreczowski vereidigt. Boicher mache er über sein Verhältnis zur Angeklagten noch mehrere Geständnisse, sagt auch, dieselbe habe ihm mitgetheilt, daß sie die Thür, die in den Flur der kleinen Wohnung führte, beim Brande zugemacht habe, als sich die Leichen noch darin befanden. Er beteuert schließlich, daß er weder Theil an dem Verbrechen habe, noch darüber von der Angeklagten Mittheilungen erhalten habe.

Schließlich übergab der Bruder der Angeklagten dem Vor-sitzenden mehrere Briefe, welche dieselbe aus dem Gefängniß an ihn gerichtet und worin sie denselben auffordert, mehrere bezeichnate Personen unter Versprechung von Geldgeschenken zu bestimmen, ein günstiges Zeugniß für sie abzulegen, z. B. solle die Aug. Haak aussagen, daß sie die Thür nach der Haustür bei dem Brande zugemacht habe. Die Vorlesung dieser Briefe mache auf alle Anwesenden einen tiefen Eindruck; es war noch ein Argument mehr zu den vielen, welche für die Schuld der Angeklagten beigebracht waren. Die Vernehmung der von der Angeklagten vorgeschlagenen Enthaltungszügen, von denen des einen Aussage den Verdacht der That auf Boreczowski lenken sollte, gab ein ganz entgegengesetztes Resultat; sie dienten als Beweis gegen die Angeklagte.

Darauf erhob Herr v. Grävenitz in einer 1½ Stunde währenden, klar und präzis durchgeföhrten Rede die Anklage, in welcher er alle einzelnen Momente der umfangreichen Verhandlung in ein lebendiges und getreues Bild zusammenfaßte. Es ist unmöglich, den Gang der Anklage auch nur auszüglich wiederzugeben; wir beschränken uns auf wenige Momente. Nach einer Schilderung des Verhältnisses, in welchem die Klöbke'schen Chelente zu einander standen, nach einer Schilderung der Vorgänge bei dem Tode des Klöbke, entwickelte Herz. v. Grävenitz das Motiv, welches die Angeklagte zu dem Verbrechen geführt. Nur dadurch, daß sie das Verhältnis mit Boreczowski unterhalten, sei ihr die Ehe mit Klöbke erträglich gewesen. Als jener den festen Willen gezeigt, sich mit der Just. Römer zu verheirathen, da habe sie den Ent-

schluß gefaßt, ihren Mann aus dem Wege zu schaffen, um also dann B. heirathen zu können. Vorczikowski sei gewiß an der ganzen That unschuldig; um sich zu reinigen, habe die Angeklagte versucht B. zu verdächtigen. Aber es spreche nichts gegen ihn. Die Aussagen der Angeklagten seien zum Theile durch diejenigen der Zeugen als unwahr erwiesen. Die Heimlichkeit, mit der sie das Gift besorgt, daß sie ausnahmsweise für ihren Mann allein frische Kasse gehabt, ihm denselben ausnahmsweise sich gemacht, daß Alkohol vorher frisch und gesund, nach dem Trinken sofort Erbrechen bekam, daß Angeklagte sogleich gesagt, ihr Mann würde wohl sterben, daß sie weder die Hilfe eines Arztes noch die des Predigers in Anspruch genommen, daß sie, um glauben zu machen, ihr Mann wäre an der Cholera gestorben, Krankheitsscheinungen angegeben, die factisch sich als nicht vorhanden erwiesen hätten, daß sie nach dem Tode ihres Mannes augenscheinlich an einer Heirath mit Vorczikowski gedacht, daß die Section und die chemische Untersuchung die Vergiftung durch Arsenit erwiesen etc. etc. — das Alles spreche für die Schuld der Angeklagten so deutlich, daß es nicht möglich sei, daran zu zweifeln. Ebenso erwiesen sei die Brandstiftung und diese sei wieder ein Beweis für die Vergiftung des K. durch die Angeklagte.

Der Vertheidiger Herr Justizrat Martens, hatte eine schwere Aufgabe zu lösen und im Verhältniß zu den Mitteln, die ihm die Verhandlung bot, leistete die Vertheidigung viel, wenn auch nicht das Unmögliche, die Überzeugung von der Schuld der Angeklagten in den Geschworenen wankend zu machen. Vertheidiger bezweifelte zunächst, daß wirklich Theile der Leiche des K. der Analyse unterworfen wären, da die Untersuchung nicht in Gegenwart von Richtern ausgeführt sei, bezweifelte ferner die Richtigkeit des Gutachtens der Aerzte, da sie selbst in Widerspruch mit einander ständen und sich fast ausschließlich auf die Analyse stützen, die ihm, wie er erwähnt, keine Gewähr bieten könne. Alsdann sucht die Vertheidigung die Beweiskraft aller Momente der Anklage zu entkräften und betont insbesondere, daß durch nichts direct erwiesen sei, daß die Vergiftung des Alkohol durch die Angeklagte geschehen sei. Der Ankauf des Giftes zur Rattenvertilgung sei nicht heimlich, sondern in Gegenwart der Haasemannschen Chelente geschahen etc. Das Motiv, welches man der Angeklagten unterlege, könne Vertheidiger nicht anerkennen; einer Frau von der Klugheit und der Sittenlosigkeit der Angeklagten könne man nicht zutrauen, daß sie ihren Kopf wagen würde, auf die ungewisse Hoffnung hin, daß Vorczikowski sie dem jungen sitzhaften Wäldchen vorziehen würde. — Wenn sie, wie zugegeben werden müsse, auf die Zeugen vom Gefängniß aus einzuhören gesucht, so sei dies aus der Lage der Angeklagten erklärläufig, ohne daß es ihre Schuld beweise. — Ebenso wenig wie der Mord, sei die Brandstiftung erwiesen. Vertheidiger sucht auch die für die Brandstiftung angeführten Argumente einzeln zu entkräften und hält es schließlich für nothwendig, daß die Geschworenen alle ihnen vorgelegten Fragen verneinen. — Nach einem ausführlichen Resümé des Vorsthenden erfolgt der bereits mitgetheilte Spruch der Geschworenen, nach welchem Angeklagte des Gattenmordes und der Brandstiftung schuldig ist.

Marienwerder, 26. April. Vor Kurzem brachte Ihre Zeitung einige interessante Notizen über die Bevölkerungsstatistik des Danziger Regierungsbezirks nach den neuen preußischen Provinzialblättern. Auch die nachfolgenden Notizen, die ich der neuesten Nummer der hier erscheinenden Mittheilungen der landwirtschaftlichen Central-Vereine zu Marienwerder und Danzig entnehme, dürften sich zur weiteren Verbreitung empfehlen.

Die Bevölkerung des Danziger Regierungsbezirks betrug nach den statistischen Ergebnissen der Jahre 1855 und 1858 exkl. des Militärs:

auf dem platten Lande: in den Städten:
1858 . . . 318,698 124,994
1855 . . . 307,138 119,032

also pro 1858 mehr 11,560 5,962

Das Verhältniß der Zunahme der Bevölkerung in den einzelnen Kreisen und Städten ergiebt die folgende Zusammenstellung. Es waren:

I. Auf dem platten Lande:
im Kreise pro 1855 pro 1858 mehr weniger
Berent 29,677 31,642 1965 —
Carthaus 45,081 47,622 2541 —
Danzig 64,653 66,341 1688 —
Elbing 32,424 32,891 467 —
Marienburg 45,040 45,958 918 —
Neustadt 45,056 47,575 2519 —
Pr. Stargardt 45,207 46,669 1462 —
also pro 1858 307,138 318,698 11,560

II. In den Städten:
pro 1855 pro 1858 mehr weniger
Berent 2,849 3,012 163 —
Danzig 63,178 67,682 4504 —
Dirschau 5,947 5,923 24 —
Elbing 23,702 24,562 860 —
Marienburg 7,491 7,439 52 —
Neustadt 2,671 2,984 313 —
Pusig 2,043 2,132 89 —
Schöna 2,192 2,265 73 —
Stargardt 4,874 4,981 107 —
Tolpmitt 2,400 2,385 15 —
Nenteich 1,685 1,629 56 —
also pro 1858 119,032 124,994 6109 147

5962

Ergiebt sich hiernach auch eine Zunahme der Bevölkerung in sämtlichen Kreisen gegen das Jahr 1858, so ist dennoch in den Kreisen Elbing und Marienburg, welche von den Calamitäten des Jahres 1855 am härtesten betroffen wurden (in diesen Kreisen fanden besonders auch Überschwemmungen statt) in der Bevölkerung nicht der Standpunkt des Jahres 1852 erreicht, während sie in den Kreisen Berent, Carthaus und Neustadt erheblich gestiegen ist, namentlich aber, wenn man dabei die Aufnahme des Jahres 1852 in Betracht zieht, was letzteres auf eine fortwährende Zunahme des Wohlstandes in diesen Kreisen schließen läßt.

Dem Geschlechte nach waren im Danziger Regierungsbezirke:

pro 1855 pro 1858 also mehr
männlich 208,704 216,905 8201

weiblich 217,466 226,787 9321

so wie durch das theure Porto, durch den gänzlichen Mangel an größeren Apotheke über 25 Rubel in polnischen Banknoten und durch die Bestimmung erschwert, daß das Geld in Gegenwart der Postbeamten verpackt werden muß. — Die Postverbindungen im Nachbarlande sind überhaupt mangelhaft und nichtzureichend, beispielweise besteht zwischen den bedeutenden Handelsplätzen, welche nur 6 Meilen direkt von einander liegen, Plock und Broclawet, keine direkte Postverbindung. Eben so fühlbar macht sich daselbst für den gegenseitigen Verkehr der Mangel aller Chausseen auf dem rechten Weichselufer. Kann die Königliche Staatsregierung in letzterer Beziehung nicht abhelfend einwirken, so dürfte es wohl möglich sein, auf dem Wege eines neuen Postvertrages die dortigen Postverbindungen zu verbessern.

Der Handel und Verkehr mit Polen beschränkt sich in den Hauptrichtungen nur auf das Nothwendige und Unumgängliche, denn kein beschränkendes Hinderniß mehr in den Weg zu legen war. Es liegt auf der Hand, daß unter den gegebenen Verhältnissen der Handelsverkehr beider Staaten noch sehr weit entfernt ist von derselben Entwicklung und Reciprocität, welche wir bei anderen Nachbarländern finden. Der diplomatisch-mercantilen Wohlhabenheit unserer Staatsregierung bleibt hier noch ein sehr weiter Wirkungskreis und ein sehr lohnendes Feld. Wir finden der Ansicht, daß es nothwendig ist, den internationalen Beziehungen mit dem Nachbarlande eine eingehendere Aufmerksamkeit zu widmen, die dortigen gewerblichen finanziellen und Handelsverhältnisse, Verkehrswege, Gesetze und Einrichtungen einer fortgesetzten informatorischen Beobachtung zu unterziehen und dann zu versuchen, die Regierung des Nachbarstaates von der finanziellen Schwäche vieler Einrichtungen zu überzeugen und sie zu anderen Maßnahmen zu veranlassen. Das schöne Land Polen müßte der russischen Krone viel größere Intraden liefern, wenn es nicht unter dem Druck eines unrichtigen national-economischen Systems seit lange zu leiden hätte.

Aus den vorstehend erörterten Gesichtspunkten und aus praktischen Gründen scheint die Aufstellung eines Preußischen Consuls neben dem General-Consulate in Warschau, der dem Kaufmannsstande angehört, wohl empfehlenswert. Er könnte sehr ersprißliche Dienste leisten.

Wir vertrauen, daß die Königliche Staatsregierung, welche mit dankenswerthen Fürsorge, wie z. B. die Expedition nach China und Japan erweist, dem Handel Preußens die Wege zu den fernsten Ländern bahnt, die uns so nahe berührenden Verhältnisse mit dem Nachbarlande nicht aus den Augen verlieren werde.

Nedrig unter Verantwortlichkeit des Verlegers. Druck und Verlag von A. W. Kasemann in Danzig.

Den Religionsverhältnissen nach waren:

Evangel. Kathol. Griech. Mennon. Juden.

in den Städten 82,007 35,544 1071 5482

auf dem Lande 142,494 167,778 2 7574 865

im Ganzen 224,501 203,322 2 8645 6347

Die Evangelischen haben seit 1855 um 3 p.C. die Katholischen um 4,8 p.C. die Juden um 3,4 p.C. zugemommen.

Bergleicht man die Bevölkerung mit dem Flächeninhalt, so

kommen im Danziger Regierungsbezirk, welcher 152 D.-M.

enthält, im Jahre 1858 auf die D.-M. 2919 Seelen, im Jahre

1855 waren es nur 2862 Seelen, während im ganzen preußischen Staate die Durchschnitts-Bevölkerung auf die D.-M. 3370

Seelen war. — Der Danziger Regierungsbezirk bleibt daher ge-

gen dieses Durchschnitts-Ergebnis erheblich zurück, ist aber der bevölkerteste von den benachbarten Regierungsbezirken der Provinz

Preußen, denn es kamen im Jahre 1855

im Regierungsbez. Königsberg auf die D.-M. 2299 Seelen,

Gumbinnen 2149

Marienwerder 2061

während in den bevölkerertesten Regierungsbezirken Düsseldorf und

Köln beispielweise 10,146 resp. 7234 durchschnittlich auf die

Quadratmeile kamen.

** Thorn, 27. April. Der so eben erschienene Jahres-

bericht der hiesigen Handelskammer für das Jahr 1859 enthält

mehrere beachtenswerthe Notizen über die commerciellen Bezie-

hungen zu Polen.

Nach einer Schilderung des slauen Geschäfts im Jahre

1859, wozu außer den politischen Verhältnissen insbesondere die

bedrängte Lage der größen und kleineren Grundbesitzer derselbs

und jenseits der Grenze, der Mangel einer Eisenbahnverbindung

mit der Ostbahn und Lomitz, sowie der Mangel einer festen

Weichselbrücke bei Thorn beitrugen, geht der Bericht auf die pol-

nischen Zustände, wie folgt, ein:

Der Geschäftsverkehr mit dem Nachbarlande hat noch in kei-

ner Weise eine Wendung zum Besseren genommen. Daß die

Geschäfte mit Polen riskant sind, ist eine alte Erfahrung, und

die Sicherheit derselben beruht einzig und allein auf persönlichem

Vertrauen. Wohl ist es dem hiesigen Geschäftsmanne möglich, in

Polen Recht zu suchen, allein die Prozesse sind außerordentlich

teuer und langwierig. Hierzu kommt noch, daß, wenn ein Er-

kenntnis erstritten ist, die Vollstreckung desselben in der Execu-

tions-Instanz nur dann möglich wird, wenn der Kläger den aus-

führenden Beamten häufiger und besser honoriert, als der Ver-

klagte. Ja, befindet sich bereits das Executions-Objekt in den

Händen des Exekutors, oder des Gerichts, so ist die Herausgabe

oder Verwerthung desselben schwer und langweilig zu erlangen,

da die Controle über die Unterbeamten sehr lax ist, und das Ge-

richt auch Nichts umsonst thut.

Dieser mangelhafte Rechtschutz ist einer für beide Theile,

die diesseitigen und die jenseitigen Staatsangehörigen, gewinn-

bringenden Handelsverbindung im hohen Grade hinderlich und

hat derselbe zur Folge, daß das Rechtsbewußtsein in der Han-

delswelt Polens nicht derjenigen Auffassung entspricht, welche sich

in Preußen ausgebildet hat.

Eine große Anzahl preußischer Staatsangehöriger betreibt,

namentlich im Getreide, Holz und Wolle, persönlich die Geschäfte

in Polen, oder ist beim Transport der Waaren beschäftigt. Eine

andere, gleichfalls bedeutende Zahl Preußen lebt mit preußischen

Pässen versehen im Nachbarlande. Wenn nun auch in neuerer

Zeit die polizeilichen Bevortheilungen, denen diesseitige Staatsange-

hörige im hohen Grade ausgesetzt waren, und denen gegenüber sie fast ganz schutzlos sich befanden, nachgelassen zu haben scheinen, so ist keine Gewähr dafür, daß sich dieselben nicht wieder einstellen. Auch jetzt kommen noch Fälle vor, wo die diesseitigen

Staatsangehörigen ohne Verschulden in schlimme Situationen mit

polnischen Beamten und Behörden gerathen und anstatt die Un-

terstützung diesseitiger zuständiger Beamten zu beanspruchen, trotz

ihres guten Rechts nichts Besseres zu thun wissen, als der Ge-

walt und Willkür mit Geldopfern zu weichen. Wir glauben hier

auch sagen zu dürfen und zu müssen, daß viele Belästigungen

für die preußischen Staatsangehörigen in Polen aufzählen dürften

und der preußische Ruf nachhaltiger gewahrt werden würde, wenn

das preußische General-Consulat in Warschau in die Lage gesetzt

würde, eine entschiedene und hervorragendere Stellung einzunehmen und eine Praxis zu befolgen, die es jedem Preußen in

Polen zweifellos mache, es sei der gesetzliche Schutz für ihn eben

so sehr außerhalb wie innerhalb der Grenzen unserer Monarchie

vorhanden. Ferner sind wir der Ansicht, daß trotz der unendlichen

Schwierigkeiten, welche von jeher im Großen und Kleinen bei

Unterhandlungen mit der russischen Staatsregierung sich einge-

stellt haben, erneute Unterhandlungen betreffs Erleichterung des

internationalen Verkehrs zu einem für die Angehörigen beider

Staaten günstigen Resultate führen müssen. Zu keinem Nachbar-

staate steht Preußen in beßriger Beziehung in so übelen Verhäl-

nissen, als gerade zu Russland und Polen, während es ander-

seits, wenn wir von England und den Zollvereinsstaaten absehen,

für Preußen mit Rücksicht auf den Handelsverkehr keinen wichti-

gen Nachbar als das russisch-polnische Staatsgebiet giebt.

Die polnische Baluta hat sich, wie wir schon oben ausführ-